



Interviews

03. September 2024

Jasper Barenberg im Gespräch mit Ralf Fücks, Zentrum Liberale Moderne

Jasper Barenberg:

Vier Wochen ist es inzwischen her, dass Soldaten der Ukraine unerwartet und rasch über die Grenze Russlands in die russische Region Kursk vorgerückt sind. Damit hat Kiew den Krieg erstmals ins Land des Aggressors getragen, auf eigenem Boden. Allerdings hat die Ukraine weiter sehr große Mühe, die russische Armee zurückzuschlagen. Ganz im Gegenteil vor allem in der Region Donezk rücken Putins Soldaten so stark vor wie seit Oktober 2022 nicht mehr, so hat es gerade die US-Denkfabrik ‚Institut vor der Study of War‘ errechnet. Außerdem überzieht Moskau das Land mit den heftigsten Raketen und drohenden Schlägen. Seit Kriegsbeginn nimmt vor allem die Energieinfrastruktur des Landes unter Beschuss. Täglich meldet Kiew auch zivile Opfer. Ralf Fücks ist Gründer des Zentrums Liberale Moderne, einer Denkfabrik in Berlin, die sich unter anderem zum Ziel setzt, die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie gegen autoritäre Gesellschaftsentwürfe zu verteidigen. Seit Februar 2022 war er mehrfach in der Ukraine. Gerade ist er von einer weiteren Reise zurückgekehrt. Schönen guten Morgen, Ralf Fücks.

Ralf Fücks: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Herr Fücks, Sie waren unter anderem, wenn ich es richtig weiß, in Kiew, aber auch etwa in Odessa am Schwarzen Meer, mit welchen Eindrücken sind sie zurück in Berlin?

Fücks:

Ein sehr gemischtes Bild, es gibt doch eine zunehmende Erschöpfung in der Ukraine. Aufgrund der ständigen Bombardierung in dieser Woche alleine hat es jetzt drei große Wellen von Bombardierungen gegeben, nicht nur gegen die Energieinfrastruktur, sondern auch gegen viele zivile Ziele. Gestern war der Tag der Einschulung, in der in der Ukraine, da sind auch Kindergärten, Schulen getroffen worden. Unterricht findet oft im Untergrund statt, da wo es eine U-Bahn gibt, wie etwa in Kiew. Es sind viele, viele tausend Soldaten, eine genaue Zahl kennt man nicht, sind gefallen, noch mehr sind verwundet worden. Ständige Stromausfälle, das geht natürlich schon an die Substanz einer Gesellschaft. Auch 7. Millionen Ukrainer, die inzwischen, vor allem Frauen und Kinder, ältere Menschen, im Ausland Zuflucht gesucht haben. Und es gibt, glaube ich, ein zunehmendes Gefühl, dass die Stunde der Wahrheit jetzt kommt, ja, wie dieser Krieg dann enden wird. Das hängt ja ganz entscheidend vom Westen ab, ob er die Ukraine befähigt, noch einmal militärisch die Oberhand zu gewinnen oder ob er sie zwingt, sich einem Diktatfrieden unter Putins Bedingungen zu unterwerfen.

Barenberg:

Kommen wir gleich noch mal darauf zurück. Ich würde nur bei dem Stichwort Erschöpfung bleiben, weil sie das so betont haben. Und weil wir oft darüber gesprochen haben in den letzten Jahren, wie bemerkenswert die Widerstandsfähigkeit in der Gesellschaft ist. Sie haben

da jetzt schon bei ihrer abermaligen Reise in die Ukraine, da bemerken sie schon eine deutliche Veränderung?

Fücks:

Nicht in dem Willen, sich zu behaupten, daran hat sich, glaube ich, nichts fundamental geändert. Das zeigen auch alle Umfragen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor dazu steht, die Unabhängigkeit und Freiheit der Ukraine zu verteidigen. Und selbst im territorialen Fragen lehnt eine große Mehrheit Konzessionen an Russland also Abtretung von Gebieten ab. Die Frage ist nur, wie lange die Ukraine noch durch.

Barenberg:

Nun haben wir seit einigen Wochen, ich habe das skizziert zu Beginn, diesen unerwarteten Vorstoß Kiews jenseits der russischen Grenze in der Region Kursk. Die Hoffnung in Kiew, die Erwartung, das Kalkül war ja damit auch Entlastung zu schaffen bei den heftigen Kämpfen, vor allem im Donbass. Jetzt erleben wir aber das stattdessen die russischen Streitkräfte langsam, aber stetig vorrücken, dass es heftige Kämpfe dort gibt, dass es strategisch wichtige Städte unter Druck geraten. Wie wird darüber in Kiew gesprochen? Droht dieses Kalkül von Präsident Selenskyj zu scheitern?

Fücks:

Es gibt unterschiedliche Auskünfte darüber, was eigentlich das strategische Motiv war, für diesen Vorstoß nach Kursk. Nicht zuletzt war es, glaube ich, ein politisch-psychologisches, zu demonstrieren, wir sind bereit und wir sind in der Lage, die Initiative zu ergreifen. Und Russland ist nicht unverwundbar. Der Mythos von der Unbesiegbarkeit Russlands wird widerlegt durch die ukrainischen Truppen. Das ist auch ein Signal an den Westen. Gleichzeitig hatte es sicher auch eine militärische Bedeutung, ein Koloss an Militär vor allem, um Charkiw zu legen, weitere Angriffe auf Charkiw abzuwehren, eine Pufferzone, russische Truppen abzuziehen aus dem Donbass. Aber es zeigt sich, dass die russische Armee doch noch über erhebliche Reserven verfügt, an Menschen und Material. Todesopfer spielen ja gar keine Rolle im Kalkül Putins, auch nicht in der eigenen Bevölkerung und bei den eigenen Soldaten. Insofern ist die Situation schon kritisch, und mir fehlt dieser Sinn für Dringlichkeit im Westen, auch in Berlin.

Barenberg:

Woran machen Sie das fest? Es gibt immer wieder die Bestätigung und das Unterstreichen, dass es keinen Zweifel an der weiteren Unterstützung der Ukraine gibt vom Bundeskanzler.

Fücks:

Das gilt ja sowohl für die Waffenlieferung. Die letzten Leopard, zum Beispiel wurden vor mehr als einem Jahr an die Ukraine geliefert. Natürlich gehen Waffen verloren, sie verschleiben, sie werden zerstört. Die Ukraine braucht kontinuierlichen Ersatz an Munition und Material. Und dann gibt es aus Berlin das Signal, dass die militärischen Hilfen für die Ukraine im nächsten Jahr halbiert werden sollten. Das hat in Kiew, will nicht sagen einen Schock ausgelöst, aber doch massive Fragen, was machen wir eigentlich in Berlin? Diese ominösen 50 Milliarden aus der Verzinsung der russischen Vermögen in Europa, die sollten der Ukraine

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

zusätzlich zur Verfügung gestellt werden und waren vor allem für Zivilbedarf und für Wiederaufbau gedacht. Und das war ein Signal, dass die Ukraine nicht mehr zu unseren Prioritäten gehört. Und das ist natürlich verheerend in einer Situation, in der der Krieg in eine entscheidende Phase geht.

Barenberg:

Lassen Sie uns kurz nach über die Landtagswahlen vom Sonntag sprechen. Denn auch von dort gibt es ja ein Signal, dass manche in der Ukraine möglicherweise beunruhigt. Jedenfalls in Thüringen und Sachsen lehnt doch ein erheblicher Teil der Wählerschaft die militärische Unterstützung für die Ukraine ab, die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen ebenso. Und es werden stärkere diplomatische Anstrengungen für Verhandlungen mit Russland über ein Ende des Krieges gefordert. Wie schauen Sie auf diese Debatte?

Fücks:

Für mich ist das eine Frage der politischen Störung, die die Bundesregierung und vor allem der Kanzler selbst muss klarmachen, dass dieser Ukraine-Krieg eine Frage der nationalen Interessen Deutschlands ist. Der geht es nicht nur um die Zukunft der Ukraine, sondern um die Zukunft Europas. Wenn Putin mit dieser Aggression Erfolg hat, dann ist Scheuer unter dem Dach in Europa. Dann wächst die militärische Bedrohungslage auch für uns. Dann wird es auch massive Verwerfungen in der EU und innerhalb der Nato geben. Und deshalb muss die Ukraine in unserem ureigenen Interesse sich behaupten können. Ja, das gilt auch für die Frage der Lieferung von Taurus. Das ist überfällig, dass die Ukraine militärische Ziele in Russland angreifen kann. Mir ist klar, dass das in der Bevölkerung umstritten ist, dass es Ängste gibt, in diesen Krieg hineingezogen zu werden. Aber es ist eine politische Aufgabe, klarzumachen, dass die Ukraine auch unsere Sache ist. Da erwarte ich, dass die Bundesregierung steht, auch gegen Widerstände und keine Konzession macht, an diejenigen, die bei uns das Geschäft Russlands betreiben.

Barenberg:

Der Gründer des Zentrums Liberale Moderne hier live im Deutschlandfunk Ralf Fücks.
Danke für das Gespräch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.